

Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft.

Die bittere Bilanz des Ausbildungspaktes zeigt deutlich, dass die deutsche Wirtschaft nicht bereit ist, freiwillig ihre sogar vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verantwortung zu übernehmen.

„Die (...) Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen (liegt) bei den Arbeitgebern.“

BVerfGE 55, 274, 10. 12.1980

Die Unternehmen, die nicht oder zu wenig ausbilden, handeln gesellschaftlich und wirtschaftlich verantwortungslos.

Sie verweigern immer noch hunderttausenden von Jugendlichen die faire Chance auf eine berufliche Perspektive und gefährden damit die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Denn nur mit gut ausgebildeten und gut qualifizierten Arbeitnehmer/-innen werden sich deutsche Unternehmen in Zukunft international behaupten können.

Und genau die werden bald fehlen, wenn die Unternehmen nicht schnell umdenken.

Mehr über unsere Initiative für ausreichend Ausbildungsplätze.

Weitere Informationen zur gesetzlichen Umlagefinanzierung und zur IG Metall-Jugend erhältst du Online oder bei deiner IG Metall vor Ort.



Jugend!

Ausbildung für alle.

www.jugend.igmetall.de

Jetzt stark machen für eine gesetzliche Umlagefinanzierung.

Ausbildung. Zu viele gehen leer aus.

Der im Jahr 2004 zwischen Wirtschaft und Regierung geschlossene Ausbildungspakt ist eine Mogelpackung. Die freiwillige Vereinbarung zur Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen hat auch 2006 nicht gehalten, was großspurig versprochen wurde.

Wieder konnten sich die Unternehmen nicht aufrufen, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Trotz Wirtschaftsboom suchen immer noch 150.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze geht sogar weiter zurück. Im März 2007 wurden 19.000 betriebliche Ausbildungsplätze weniger angeboten als noch im März 2006. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um nochmals sechs Prozent.

67.500 Bewerber/-innen sind in so genannten Einstiegsqualifizierungen und berufsvorbereitenden Maßnahmen abgeschoben. Verschiebebahnhöfe, die Jugendliche keinen Schritt näher an eine betriebliche Ausbildung bringen.



Unsere Alternative: die gesetzliche Umlagefinanzierung

Versprechungen und gewichtige Absichtserklärungen bringen nichts. Das zeigt der Ausbildungspakt ganz deutlich. Das Interesse, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für Ausbildungsplätze zu engagieren, ist bei vielen Unternehmen immer noch unterentwickelt.

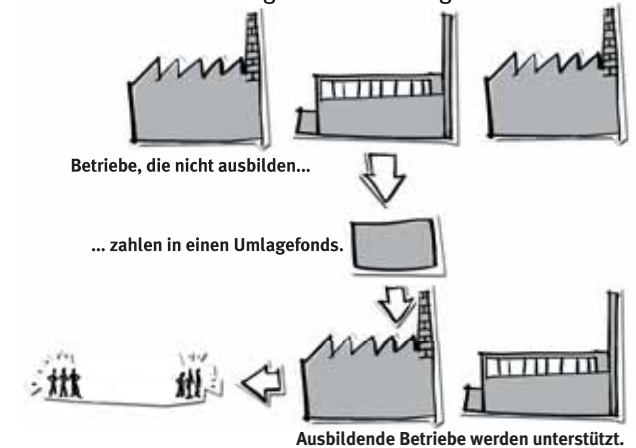
Eine andere, funktionierende Lösung muss her: die gesetzliche Umlagefinanzierung.

Dafür gibt es gute Gründe:

- Betriebe, die ausbilden, werden unterstützt. Wer nicht ausbildet, soll zahlen.
- Jugendliche bekommen durch das erhöhte Ausbildungsplatzangebot mehr Wahlmöglichkeiten.
- Eine qualifizierte Ausbildung steigert die beruflichen Chancen und Perspektiven der Jugendlichen.
- Ausbildung lohnt sich für die Unternehmen. Später ausgebildete Fachkräfte zu rekrutieren ist viel teurer.
- Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein entscheidender Pluspunkt für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Das Prinzip der Umlagefinanzierung ist ebenso einfach wie effektiv: Unternehmen, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, zahlen entsprechend der Ausbildungskosten in einen Fonds ein.

Aus diesem Fonds finanzieren sich zusätzliche Ausbildungsplätze. So werden alle Unternehmen an den Ausbildungskosten beteiligt.



Ein System, das sich schon bewährt. Neben verschiedenen Ländern - z. B. in Dänemark - auch in der deutschen Bauwirtschaft. Hier gibt es seit 30 Jahren ein erfolgreiches Umlagesystem, das ausbildende Betriebe entlastet. Mit einem tollen Ergebnis: Im Vergleich bilden in der Bauwirtschaft überdurchschnittlich viele Betriebe aus.

Nur gemeinsam werden wir uns durchsetzen.

Ausbildungsplätze jetzt gesetzlich regeln: Dafür werden wir Druck machen. Durchsetzen werden wir uns allerdings nur, wenn wir alle an einem Strang ziehen. Azubis, Schüler/-innen, Studierende und alle anderen, denen es nicht egal ist, ob Jugendliche in unserem Land eine vernünftige Perspektive haben - wenn wir uns gemeinsam engagieren, werden wir Erfolg haben.